

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2011

Nr. 3 · 7. Jahrgang

Links informiert

3 Zum 100. Internationalen Frauentag

Potsdam-West/Ortsteile

6–8 Ortsverband vorgestellt/Barrierefreiheiten/Marquardt und Golm

Forum

9/10 CCS, Hartz IV, Ägypten und Potsdamer Gedenkkultur

Potsdam-West wird attraktiver

Die Brandenburger Vorstadt beginnt bekanntlich am Luisenplatz. Und wer dann in Richtung Brandenburg stadtauswärts fährt, der kann sich vom regen Baugeschehen überzeugen. So steht am Ufer der Neustädter Havelbucht das neue Seniorenzentrum. Die Ruine der ehemaligen Ufergaststätte musste weichen. Ein schmucker Bau ist entstanden. An der Zeppelinstraße wächst unauffällig der Momperbau mit allem Drum- und Dran. Viele Altbauten wurden bereits restauriert im Viertel. Attraktive Wohnungen sind entstanden, die natürlich auch mehr gutbetuchte Mieter nach Pots-

dam-West ziehen. Und schließlich wird am Luftschiffhafen gebaut, was das Zeug hält.

Aber einige der von uns schon mehrfach dokumentierten Dreckecken sind noch immer vorhanden, allen voran der Komplex rund ums Kino „Charlott“ an der Gesundheitsgasse. Hier muss sehr bald etwas geschehen, meinen die BürgerInnen in P-West. Und selbstverständlich auch mit dem verschlammten und wenig barrierefreundlichen Bahnhof Charlottenhof.

Mehr zur Brandenburger Vorstadt und den Ortsteilen lesen Sie auf den Seiten 6–8.



Das neue Seniorenzentrum an der Neustädter Havelbucht – ein Neubau in der Brandenburger Vorstadt.

Den Wandel sozial gestalten

DIE LINKE.Brandenburg diskutiert auf Landesparteitag

Am 5. und 6. März 2011 wird DIE LINKE.Landesverband Brandenburg zur 2. Tagung des 2. Parteitages zusammenkommen. Es wird neben den Satzungs- und Verfahrensfragen auch über wichtige landespolitische Themen und über die Modernisierung der Landespartei beraten.

„Den Wandel sozial gestalten – LINKE hält Wort – Rot-rot eröffnet Perspektiven“, so titelt der Leitartikel des Landesvorstands. Brandenburg ist seit Eintritt der LINKEN in die rot-rote Koalition wichtige Schritte einer sozialen Modernisierung gegangen – ungeachtet aller aus der Vergangenheit herrührenden Probleme, die beide Parteien auch zu bewältigen hatten. Das verspricht eine interessante und kontroverse Debatte um die bisherige Regierungsarbeit der LINKEN.

Ein wichtiges Projekt im Landtagswahlkampf war die Schaffung der Gemeinschaftsschule. Auch dazu wird auf dem Parteitag diskutiert. Die LINKE hält an ihrem langfristigen bildungspolitischen Ziel, der Schaffung einer Gemeinschaftsschule, fest. Die Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ist eine leistungsfähige, inklusive, geschlechtergerechte und demokratische Schule, die das Bildungsniveau aller Schüler hebt und die Bega-

bungsförderung ebenso wie den Nachteilsausgleich gewährleistet.

Ein interessantes und zugleich brisantes Thema wird die Debatte über eine zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg sein. Notwendig ist dafür die Kenntnis des Ist-Zustands sowie ein öffentliches Forum, das im Unterschied zu früheren technokratischen Versuchen „von oben“ die Bevölkerung und gesellschaftliche Interessenvertretungen zur breiten inhaltlichen Diskussion von Chancen und Risiken einlädt und gleichberechtigt am gesamten Prozess beteiligt.

Die Potsdamer Delegierten beauftragen den Landesvorstand, ein schlüssiges Konzept zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen 2014 zu erarbeiten, das auch die Präsenz in allen Regionen regelt (Vermeidung „weißer Flecken“).

Der Parteitag biete weitere Themen zur Debatte; Trennung von Amt und Mandat, Integration, Aufbau einer internationalen Katastrophenhilfe, Kommunale Selbstverwaltung stärken, Anforderungen an eine moderne brandenburgische Wasserpolitik u.v.m.

Es wird spannend! Interessenten sind herzlich eingeladen.

Auf ein Wort...



Potsdam-West braucht Vielfalt statt Gentrifizierung!

Von Ronny Besancon,
Kreisvorstand
DIE LINKE.Potsdam

Als ich 1999 nach Potsdam zog, wollte ich unbedingt in der Brandenburger Vorstadt wohnen. Sie galt als Friedrichshain Potsdams. In den unsanierten Altbauten, oft mit Öfen, waren die Mieten günstig, Studierenden-WGs waren überall zu finden, das alternative Leben blühte. Ich zog in eine WG in der Stiftstraße 1, deren morbider Charme faszinierte, bis ich mich aus der WG absetzte. Nach einer Odyssee durch Potsdams Wohngebiete kam ich zurück. Doch wo war das pralle, alternative Leben? Wo war Friedrichshain? Das gleiche Phänomen, das vom Berliner Original nur noch einen Mythos übrig ließ, die Gentrifizierung, hatte zugeschlagen. Während ich, immer noch knapp bei Kasse, das Glück hatte, eine unsanierte Altbauwohnung zu ergattern, waren meine Nachbarn plötzlich Anwälte, Berufspolitiker, Ärzte. Statt der alternativen Kneipen, war alles schick und teuer. Und das „besetzte“ Haus in der Zeppelinstraße 29 hat ähnliche Probleme, wie die kürzlich in Berlin geräumte Liebig 14: Ein

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Gegendarstellung

In „Potsdams anderen Seiten“ vom Februar 2011, Seite 1, wird in dem Artikel „Hoffnung trotz Spernung“ berichtet: „Christoph Partsch, der die sperrenden Anrainer anwaltlich vertritt und sich auch privat als Erwerber eines jetzt gesperrten Grundstücks engagiert hat, wird die Entscheidung geahnt haben.“

Diese Darstellung ist unwahr! Richtig ist folgendes:

Ich, Christoph Partsch war von 2008 bis 2010 zusammen mit einem Dritten in GbR eingetra-

gener Eigentümer der Flurstücke 105/11 und 105/3 in der Rudolf-Breitscheid-Straße 204. In dieser Zeit war das Grundstück zu keiner Zeit für die Öffentlichkeit gesperrt.

Ich habe die Entscheidung des Haushaltsausschusses, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Veräußerung der Wassergrundstücke zu einem Wert von 103 €/qm bei einem Gegenangebot von 150 €/qm bedingt zu gestatten, nicht erahnt.

Potsdam, den 4. Februar 2011
Christoph Partsch

No pasaran – Naziaufmarsch in Dresden blockiert!



Dresden linkt Nazis. Wir berichten auf Seite 2.

(Fortsetzung von SEITE 1)

Eigentümer, der auf seinen Besitz besteht. Im Original gehen die wenigen Übrigen auf die Straße, denn sie haben genug davon, nicht mehr leben zu können, wie und wo sie wollen. Potsdam-West sollte einen anderen Weg gehen als das Original: Toleranz gegenüber alternativen Wohnformen und deren Erhalt sowie eine maßvolle Sanierungs- und Mietpolitik sind dafür Voraussetzungen. Potsdam-West besteht aus Bürgerlichen und Alternativen, aus Studierenden und Doktoren. Und so sollte es bleiben!

Wir haben Europas größten Naziaufmarsch blockiert!

Potsdamer LINKE auch 2011 in Dresden dabei/„Dresden nazifrei“ bedankt sich

Einen riesen Dank an alle, auf den Blockaden, bei Demos, auf der Straße. Wir haben es geschafft. Wir haben Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zum zweiten Mal verhindert. Und das, obwohl die Lage für alle auf den Straßen nicht leicht war. Die Polizei setzte massiv Wasserwerfer, Knüppel und Pfefferspray gegen Demonstrantinnen ein. Bereits früh am Morgen

marsch zu blockieren, erreichen können.

Dank flexibler Strategie, intensiver Vorbereitung und vor allem Dank euch haben wir den Nazis eine weitere empfindliche Schlappe bereitet. Ihr wart großartig.

www.dresden-nazifrei.de

Sie kamen nicht durch

Es ist früh am Morgen, noch vor 6 Uhr, als sich die ersten müden Gestalten am Bus nach Dresden sammeln. Sie treten gemeinsam die Fahrt nach Dresden an, entschlossen, den Erfolg des Vorjahres zu wiederholen, als durch 12.000 Gegendemonstranten einer der größten Naziaufmärsche Europas verhindert wurde. Jedes Jahr versuchen sie die Geschichte der Stadt für ihre Zwecke zu missbrauchen, in dem sie das Gedenken an die



Und die Kamera ist immer dabei...

bekam man den Eindruck, dass die Polizei mit aller Macht und ohne Beachtung jedweder Verhältnismäßigkeit den Naziaufmarsch erzwingen wollte. Der Grund hierfür liegt sicherlich auch in einer inakzeptablen Politik der Stadt und Gerichtsentscheiden, die wir alle mit Kopfschütteln aufgenommen haben. Wir haben uns davon nicht abschrecken lassen. Wir waren 20000 BlockiererInnen unterschiedlicher Spektren aus dem ganzen Bundesgebiet und Dresden. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass wir als entschlossene und breite Bewegung, auch gegen den Willen der Stadt, unser Ziel, den Naziauf-



Dagmar Enkelmann, MdB, in unserem Demoblock.

Opfer der Bombenangriffe aufgreifen und die Kriegsschuld Deutschlands zu relativieren versuchen. Doch auch in diesem Jahr reisten aus dem ganzen Bundesgebiet



Die Polizei praktizierte „teile und herrsche“.

Fotos: Alexander Frehse

Menschen in über 250 Bussen an, um die Nazis zu blockieren. So auch wir aus Potsdam.

Erst wenige Wochen zuvor hatte es ein Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes gegeben, wonach die Einsatzkräfte alles daran setzen müssten, um die Nazis marschieren zu lassen. Mit entsprechender Härte gingen sie auch gegen friedlich Protestierende vor. Am Abend wurden dann sogar die Räumlichkeiten des Bündnisses „Dresden nazifrei“

gestürmt und anwesende Personen vorübergehend festgenommen. Mit dem Vorwurf der Verabredung zur kollektiven Straftat versuchte das LKA Sachsen die erfolgreichen Blockaden im Nachhinein zu kriminalisieren. Am Ende trotzten wir bei den friedlichen Blockaden dem Winterwetter und brachten unsere Entschlossenheit zum Ausdruck. Denn wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Katja Dahme



Wolfgang Preller und Harald Herzel (l.) im Bemühen um Schlichtung.

Ein Leben in Würde und Gerechtigkeit

Jedes Jahr ehren wir Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Mitbegründer der KPD. Von Anfang an waren sie gegen Deutschlands Beteiligung am I. Weltkrieg, sie waren gegen diese Tollheit, die sich letztendlich als ein Verbrechen entpuppte. Mit dem barbarischen Mord vor 92 Jahren durch die schwarze Reaktion an Karl & Rosa wurde der Weg wieder freigeschossen für die folgenden noch barbarischeren Zeiten des deutschen Imperialismus. Dieselben politischen Kräfte in Deutschland, die für diese begonnene Mordserie nach dem I. Weltkrieg zuständig waren, wurden wenig später zu Steigbügelhaltern der braunen Horden, des Mobs in unserem vermeintlichen deutschen Vaterlande...

Aus den unterschiedlichsten Gründen wollen unsere Menschen

mit diesen Ereignissen der dunkelsten Zeit unserer Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht mehr konfrontiert werden. Das nützt aber Keinem, denn „der Schoß ist fruchtbar noch...!“ Die globalen Ereignisse unserer letzten Jahre zeigen es: „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, weil er seine eigene Zukunft schon verbraucht hat. Wer immer auch eine neue Ordnung aus dem Chaos des Kapitalismus sucht, muss etwas schaffen, was der Mehrheit unserer Menschen eine gesicherte Existenz, ein Leben in Würde und Gerechtigkeit ermöglicht.“

Es ist bitter nötig und höchste Zeit zu kämpfen – dafür haben wir uns als DIE LINKE entschieden. Und das FÜR und MIT unseren Menschen.

Erwin Opitz, Potsdam

Faschismus war weder „national“ noch „sozialistisch“

Im Februar 1945 erlebte ich als junger Mensch in Schlesien die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee. Später besuchte ich an einem Sommertag mit Potsdamer Antifaschisten Ausschwitz

Ich freue mich, dass in einer Potsdamer Tageszeitung über das deutsch-faschistische KZ und dessen Liquidierung durch die Armee der Sowjetunion sachlich berichtet wurde (MAZ, 27.01.2011, S.3). Es ist zu begrüßen, dass solche Begriffe und Fakten genannt wurden wie größte Massenvernichtungsanlage, industrialisierter Massenmord, Gaskammern, Zyklon B, medizinische Versuche an Menschen, Todesfahrt, SS, Berge von Frauenhaar und Zahngold.

Dennoch bewegen mich einige Fragen: Warum wird im Bericht der Faschismus als „Nationalsozialismus“ bezeichnet? Der war weder national noch sozialistisch. Die Überschriften verharmlosen den Sachverhalt. Die sowjetischen Soldaten stießen nicht zufällig auf Auschwitz, Birkenau, Monowitz. Sie hatten davor schon Treblinka und weitere Schandtaten des deutschen Faschismus kennen gelernt.

Am 27.01.2011 ehrten fünfzig junge Menschen in Potsdam am Denkmal für die Opfer des Faschismus (Platz der Einheit) und auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof (Bassinplatz) die Opfer und deren Befreier.

Horst Jäkel

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE
LINKE.Potsdam; Sascha Krämer,
Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Pots-
dam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam;
Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk,
Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout;
Jens

Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde
Krahnert, freie Mitarbeit; Renate
Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.:
0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email:
pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbranden-
burgische Sparkasse, Kto-Nr.
3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000
LeserInnen. Nachdruck, auch aus-
zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-
nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-
drücklich als Stellungnahme des
Kreisvorstandes und/oder der Redak-
tion gekennzeichnet sind, stellen die
persönliche Meinung des/der AutorIn
dar. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuscripte bzw. Fotos kann keine Haf-
tung übernommen werden. Für die
Veröffentlichung von Leserpost behält
sich die Redaktion das Recht sinn-
wahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH
Neubrandenburg.

100. Internationaler Frauentag

Im Jahr 2010 plädierte Alice Schwarzer für eine komplette Streichung des Tages: „Schaffen wir ihn [...] endlich ab, diesen gönnerhaften 8. März!“ Zyniker könnten fragen, warum es denn den Frauentag überhaupt noch gibt, haben denn 100 Jahre nicht gereicht, um für eine Gleichstellung zu sorgen? Die Antwort darauf lautet leider schlicht und ergreifend... Nein! Auch die jüngste Debatte um eine Frauenquote in der Wirtschaft hat gezeigt, es bedarf eines Tages, der auf die Missstände in der Gesellschaft hinweist, aber auch um der Frauen zu gedenken, die einst dafür auf die Straße gingen und das erkämpften, was heute für die meisten Frauen als normal angesehen wird.

Der Internationale Frauentag (IFT) hat eine lange Tradition. Erste Momente waren Demonstrationen und Streiks von Textilarbeiterinnen in den USA seit 1858. Sie verdienten für die gleiche Arbeit nur einen Bruchteil des Lohnes der Männer. Sie streikten mehrfach für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, für kürzere Arbeitszeiten und gegen unzumutbare Wohn- und Lebensbedingungen, und wehrten sich damit gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung. 1909 streikten 20.000 Näherinnen in New York. Tausende wurden verhaftet, doch die Unternehmer mussten ihren Forderungen nach 2-monatigem entschlossenem Streik nachgeben. Im Ergebnis begingen nordamerikanische Arbeiterinnen bereits am 20. Februar 1909 einen nationalen Frauentag. In Europa beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin am 27. August 1910 die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Das war aber noch nicht der 8. März. Erstmals wurde der IFT am 19. März 1911, für die Gleichstellung der Frau und den Kampf für das Wahlrecht der Frauen, gefeiert. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentags unterstreichen, weil der 18. März der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848 war.

Die zentrale politische Forderung des ersten Internationalen Frauentages 1911 war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. 1912 schlossen sich Frauen in Frankreich, Schweden und den Niederlanden, 1913 Frauen in Russland der Idee an und gingen auf die Straße. Im Jahre 1917, ge-

nauer am 8. März, streikten in Sankt Petersburg erstmals Bauern, Arbeiter- und Soldatenfrauen und lösten somit die Februarrevolution aus. Aus diesem Grunde wurde auf der zweiten Kommunistischen Frauenkonferenz 1921 der 8. März zum Internationalen Frauentag ernannt.

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde der IFT von den Nazis verboten, stattdessen wurde der Muttertag eingeführt, weil dieser eher dem nationalsozialistischen Frauen- und Mutterbild entsprach. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1948 der IFT erstmals wieder gefeiert, allerdings nur in der sowjetischen Besatzungszone; in den westdeutschen Bundesländern verlor er bis in die 60er Jahre an Bedeutung. Erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, mit Beginn der Frauenbewegung, rückte der 8. März wieder ins Bewusstsein. 1975 richteten erstmals die Vereinten Nationen eine Feierlichkeit anlässlich des IFT aus, zwei Jahre später wurde dieser Tag durch die Generalversammlung der UN anerkannt.

Im Jahr 2009 schauten wir auf wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung zurück: 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz. Viel wurde erreicht. Dennoch: Echte Gleichstellung in Politik, Wirt-

Anlässlich der Frauenwoche 3. bis 13. März 2011, die in Potsdam unter dem Motto: „100 Jahre Frauentag – Spuren und Visionen“ durchgeführt wird, laden DIE LINKE.Potsdam und Anita Tack, MdL, am Freitag, dem 11. März 2011, ab 16 Uhr in das Haus der LINKEN in der Alleestraße 3 in Potsdam ein zur

Vernissage der Ausstellung: „Der Zeit voran“, Frauenbilder von Gisela Kurkhaus-Müller

Die Berliner Künstlerin Gisela Kurkhaus-Müller ist unter anderem bekannt für farbkraftige Siebdrucke. Ihr Thema in der letzten Zeit waren vor allem Filmschauspielerinnen und Politikerinnen. Anlässlich der 100-jährigen Jubiläen des Internationalen Frauentags und der Filmstadt Babelsberg laden Die LINKE.Potsdam und Anita Tack, MdL, ein zu einer Ausstellung ihrer Frauenbilder.

schaft und Gesellschaft sieht anders aus. Heute geht es um die Verwirklichung der Chancengleichheit, um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben und an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ressourcen. In

Deutschland verdienen Frauen noch immer bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Viele von ihnen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf. Und viele Frauen wollen einen beruflichen Aufstieg wie ihre männlichen Kollegen. Frauen sind aber wesentlich stärker mit niedrig(st)en Löhnen und unsicherer Beschäftigung konfrontiert. Dass Frauen im Alter von ihrer Rente leben können, setzt gute Beschäftigungschancen mit guter Bezahlung voraus. Darum fordern sie heute:

- gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- bedarfsgerechte und qualifizierte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für alle Kinder,
- flexible Arbeitszeitmodelle,
- bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege,
- gleiche Karrierechancen für Männer und Frauen – mehr Frauen in Führungspositionen,
- Eindämmung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung,
- gesetzlicher Mindestlohn.

Mehr denn je müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Gleichberechtigung von Frau und Mann nicht nur eine Phrase ist, sondern dass wir dies gesellschaftspolitisch untermauern. Wir fordern die gleiche Bezahlung, keine Unterdrückung von Frauen, und wir kämpfen für eine gleichberechtigte Gesellschaft.

Sascha Krämer



Kommt die Fernwärmeanschlusspflicht in Babelsberg?

Die LINKE wird diesen Prozess mit der Forderung, dass die Lasten dieser Maßnahmen sozial gerecht verteilt werden, konstruktiv begleiten. Der „Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost“ der LINKEN plant deshalb eine Veranstaltung zum Klimaschutzkonzept am Donnerstag, dem 17.03.2011, 19.30 bis 21.00 Uhr im AWO Kulturhaus Babelsberg in der Karl-Liebknecht-Str.135. mit Vorstellung des Klimaschutzkonzeptes und des geplanten Aquiferspeichers im Zentrum Ost sowie Diskussion zur Umsetzung in Babelsberg mit Klaus-Peter Linke (Klimaschutzbeauftragter der Stadt) und Wilfried Böhme (Hauptabteilungsleiter Technik der EWP). Ein Vertreter des Sanierungsträgers (Stadtkontor) wird ebenfalls anwesend sein.

Eine Million Frauen demonstrierten

März 1911

Es handelte sich um „die wichtigste Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau, die die Welt bis jetzt gesehen hat.“, schrieb die Sozialdemokratin Clara Zetkin 1911 in der SPD-Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Der erste Internationale Frauentag hatte am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA stattgefunden. Eine Million Frauen gingen auf die Straße – für damalige Verhältnisse eine unfassbar



große Zahl. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter

auch die Pariser Commune (erster Versuch einer proletarischen Revolution) im Monat März 1871 begonnen hatte. 1921 wurde der 8. März als Internationaler Frauentag festgelegt.

„Kämpferische Demokratie“

März 1946

Der Aufruf zur Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Potsdam, der von Otto Wiesner am 7. März 1946 unterzeichnet wurde, sieht 5 Aufgaben vor:

„1. Die Erhaltung der Einheit Deutschlands.

2. Die Gewinnung der deutschen Jugend für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, seiner kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft.

3. Die aktive Teilnahme aller Jungen und Mädels beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

4. Die Schaffung eines neuen Deutschlands, das der Jugend das Mitbestimmungsrecht durch ihre aktive Teilnahme an der Verwaltung des öffentlichen Lebens einräumt; daß allen Jungen und Mädels ohne Unterschied ihrer Herkunft, des Vermögens und

des Glaubens eine gute Berufsausbildung, Zutritt zu allen Bil-



duungs- und Kulturstätten, gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, ausreichenden Urlaub und Erholung sichert.

5. Die Förderung unseres jugendlichen Zusammengehörigkeitsgefühls durch die Entwicklung aller Interessengebiete unseres Lebens. Die Bildung von Arbeits- und Interessengemeinschaften sozialer, kultureller und sportlicher Art sowie des Jugendwanderns.“

Am 21. 03. 1946 findet im Potsdamer Filmtheater „Residenz“ die Gründungsversammlung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) für die Provinz Brandenburg statt; an ihr nimmt der Vizepräsident Otto Wiesner teil; Vorsitzender wird Otto Wiesner. Drei Tage später führt die Potsdamer FDJ ihre erste Aktion durch: einen Sportsonntag; an mehreren Schulen und Sportplätzen werden Hand- und Fußballspiele durchgeführt bzw. Boxwettkämpfe als Schaukämpfe vorgetragen. Und am 05. April 1946 erfolgt die Wahl der ersten Kreisjugendleitung (FDJ) in Potsdam.

Kreisjugendleiter wird Werner Krooß; Kulturreferent: Heinz Schmalfeld; Sportreferent: Karl Hiller und Mädelferentin: Edith Fritze.

Wichtig und wertvoll

März 1946

Der 1. Provinzialkongress der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) findet im März 1946 in Potsdam statt. An ihm nehmen u.a. teil: der Präsident der Provinz, Dr. Carl Steinhoff, der Oberbürgermeister Potsdams, Walter Paul, der SPD-

Vorsitzende der Provinz Brandenburg, Friedrich Ebert, der Wirtschaftsminister der Provinz Brandenburg, Heinrich Rau. Zum Vorsitzenden der VdgB der Provinz Brandenburg wird Robert Neddermeyer gewählt. „Der Märker“ berichtet: „Der erste Pro-

vinzialkongress der „Gegenseitigen Bauernhilfe“ am 16. und 17. März 1946 gehört zu den wichtigsten und wertvollsten Tagungen, die jemals in Potsdam stattfanden. Die Arbeit, die hier in zwei Tagen geleistet wurde, wird Kräfte ausstrahlen, die nicht nur

die kleinste Gemeinde unserer Provinz durchdringen, sondern weit darüber hinaus jenseits der Elbe Energien auslösen werden, die in der sowjetischen Zone längst eingesetzt werden.“

„Rosa Luxemburg ist unser“

März 1971

Kurt George, Meister der Brigade „Rosa Luxemburg“ aus dem VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg, schreibt aus Anlass des 100. Geburtstages von Rosa Luxemburg am 5. März 1971 in

der „Märkischen Volksstimme“: „Rosa Luxemburg ist unser. Mit ihrer Treue zum revolutionären Marxismus. Mit ihrer persönlichen Hingabe zur Sache der Arbeiterklasse. Mit ihrer unver-

söhnlichen Feindschaft gegen Monopolkapital und Militarismus. Mit ihrer Verachtung für Opportunismus und nationalistische Beschränktheit. Rosa Luxemburg gehörte und gehört

der revolutionären Arbeiterklasse, der spießbürgerliche Verschwommenheit fremd ist wie Anarchismus.“

Sozialismus – globale Menschheitsidee

März 1981

Am 13. März 1981 beginnt die Plenartagung der Akademie der Künste der DDR in Rostock. Der Präsident, Filmregisseur Konrad Wolf, referiert zum Thema „Kunst

und Gesellschaft im Jahr 2000“. Er führt u. a. aus: „Die Ideen und die Ideale des Kommunismus beschränken sich nicht auf die Länder des sozialistischen

Aufbaus. Der Sozialismus ist eine globale Menschheitsidee. [...] Nicht mit uns reden lassen wir über die Macht, die die Arbeiterklasse in den sozialistischen

Ländern mit so vielen Opfern errungen hat. Die Macht wird nicht aus der Hand gegeben.“ („Märkische Volksstimme“, 14. 03. 1981)

Die Neuen in der Fraktion



Solveig Sudhoff



Gudrun Hofmeister



Olga Schummel

Mit Dank aus der Fraktion verabschiedet



Hella Drohla



Dr. Herbert Schlomm



Brigitte Oldenburg

Auftaktveranstaltung „Ehrenamt in Drewitz“ durch Förderverein Akademie 2.Lebenshälfte e. V.

Mit dem Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. agierte als Träger des Projektes „Ehrenamt in Drewitz“ ein kompetenter und engagierter „Anstoßer“. Ihnen und Ihren Mitstreiterinnen, sehr geehrte Frau Dr. Witzsche, möchte ich im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales bei der Stadtverordnetenversammlung Potsdam für Ihr langjähriges und zähes Mittun in Sachen Ehrenamt in Potsdam herzlich danken“, betonte die Stadtverordnete Jana Schulze auf der Veranstaltung.

Nicht zum ersten Mal trifft man die Akademie in den Räumen des Projektladens in Drewitz. Akademie-Chefin Dr. Witzsche weiß, was sie in diesem Stadtteil an Voraussetzungen erwartet. Sie kennt auch die Hürden, die sie möglicherweise noch zu überspringen haben.

Viele Bürgerinnen und Bürger warten darauf, an ihrer Wohnungstür abgeholt zu werden. Manch einem fehlt auch dann noch der Mut, mit und dank der einfühlsamen Unterstützung durch die Akademie 2.Lebenshälfte neue Wege zu gehen. Dazu gehört zum Beispiel auch, beim Nachbarn zu klingeln und nachzufragen, ob alles in Ordnung

ist oder Hilfe benötigt und gewollt wird. Es sind oftmals die kleinen Dinge des Lebens, die Großes und Nachhaltiges bewirken. Mit diesem Gesamtprojekt „Ehrenamt in Drewitz“ kann, um an diesem Bilde weiter zu malen, die Tür zu Nachbarn aufgestoßen werden. Die Akademie will vorhandene Ressourcen der Bewohner stärken und soziale Kompetenzen erweitern und stabilisieren.

Und das, obwohl noch nicht hundertprozentig klar ist, auf welcher finanzieller Basis das Projekt über den Auftakt hinaus nachhaltig und damit als beständiger Anlaufpunkt für Drewitz fortgeführt werden kann.

Für diese noch zu bewältigende Hürde wünscht DIE LINKE der 2. Lebenshälfte erfolgreiche Gespräche und möchte ihre Unterstützung und Begleitung vom politischen Raum her anbieten.

Ehrenamtliche Tätigkeit sollte sich nicht auf beschlossene Konzeptionen und Finanzierungsmodelle beschränken. Ehrenamt in Potsdam bedarf auch der weiteren politischen Unterstützung durch die ja auch zu 100 Prozent im Ehrenamt tätigen Stadtverordneten.

-js

Jugendförderung und der Haushalt 2011

Aus der Rede von Rüdiger Schmolke im Auftrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vor der SVV am 26. Januar 2011

Der Jugendhilfeausschuss Potsdam hat in seiner Sitzung am 16.12.2010 ohne Gegenstimmen beschlossen, dass in den Haushalt der Landeshauptstadt finanzielle Mittel für die Realisierung erforderlicher fachlicher Aufgabenstellungen aufzunehmen sind. Die dringend abzuschließenden Maßnahmen sind:

„Zeltplatz im Volkspark“

● Förderung des Projektes „Zeltplatz – offene Jugendarbeit am Zirkuszelt im Volkspark“ (Montelino) durch Einrichtung und Förderung einer Personalstelle sowie der entsprechenden Betriebs- und Sachkosten und Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung bis 2014.

Beim „Zeltplatz“ handelt es sich um die erste Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtentwicklungsgebiet Bornstedter Feld. Die Sicherung des Projekts wurde im Bürgerhaushalt 2010 durch die Bürgerinnen und Bürger als dringend erforderliche

städtische Aufgabenstellung gewertet. Die finanzielle Sicherung des Projekts ist im Jugendförderplan der Landeshauptstadt mit 40.000,- € pro Jahr bereits vorgesehen.

„Mädchenezukunft – Integration“

● Verstetigung des Projektes „Mädchenezukunft – selbstbestimmte Wege zwischen den Kulturen“ durch die Bereitstellung der erforderlichen Personal-, Sach- und Betriebskosten für 2011 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014.

Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Um diese Teilhabe Mädchen mit Migrationshintergrund und ihren Familien zu ermöglichen, braucht es Angebote und Personen, die Brücken zwischen den Kulturen bauen, Türen öffnen, Vertrauen schaffen und die Angebote bei den zugewanderten Familien bekannt machen. Der Finanzbedarf 2011

beläuft sich auf 35.624,- € (2011) bzw. 51.235,- € pro Jahr (ab 2012).

Gleichbehandlung von Sozialarbeitern

● Gewährleistung der einheitlichen Eingruppierung aller Sozialarbeiter mit Aufgaben gemäß § 11 bis 14 SGB VIII analog der Besoldung der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Kinder- und Jugendklubs der Stadt nach S11 TVÖD.

Mit der Einführung der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in 17 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt konnte für die sozialpädagogischen Fachkräfte eine angemessene Besoldung analog TVÖD eingeführt werden. Damit ist aber eine Ungleichbehandlung von Sozialarbeitern in diesem Bereich einerseits und in ähnlichen Handlungsfeldern (wie Streetwork, Suchtprävention, Schulsozialarbeit, Stadtjugendring) andererseits entstanden, die bis zu 5.650,- € (brut-

to inkl. AG-Anteil) pro Jahr beträgt. Diese Ungleichbehandlung ist in keiner Weise gerechtfertigt und muss dringend aufgehoben werden. Laut Informationen des Fachbereichs Familie, Kinder und Jugend beläuft sich der Finanzbedarf für eine einheitliche Eingruppierung auf ca. 95.000,- € pro Jahr.

Qualität in Kita-Betreuung

● Umsetzung der durch den Jugendhilfeausschuss 2009 bestätigten Qualitätsparameter für die Arbeit in Kindertagesstätten in der ersten Stufe: Finanzierung der Eingewöhnung, Fortbildung und Leitungsfreistellung.

Im Sinne einer guten Bildung von Anfang an und um die Qualität der Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt sicherzustellen, ist es dringend erforderlich, neben dem Ausbau von Kindertagesbetreuungsplätzen auch die Sicherung von Qualität zu gewährleisten.

Die Festlegung von Standards und Qualitätsmaßstäben in Kin-

dertagesstätten geht auf einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom Dezember 2007 zurück. Nach einer intensiven fachlichen Diskussion beschloss der Jugendhilfeausschuss Ende 2009 die schrittweise Einführung von Qualitätsparametern für die Arbeit in den Kindertagesstätten. Dieser Beschluss liegt der Verwaltung bereits seit Dezember 2009 vor. Der Beschluss sah vor, für das Jahr 2010 zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 347.000,- € für die Umsetzung der Qualitätsstandards der Arbeit in Potsdams Kindertagesbetreuung einzustellen.

Lediglich ein Teil der zur Verbesserung der Eingewöhnungssituation von Kindern unter drei Jahren vorgesehenen Mittel wurden seitdem zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für die oben genannten Positionen sind in den Haushalt der Landeshauptstadt für das Jahr 2011 einzustellen und über die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 festzuschreiben.

Potsdam darf nicht vom Regionalverkehr abgekoppelt werden

Die Stadt Potsdam darf nicht vom Regionalverkehr abgekoppelt werden. Potsdam hat nicht die Kapazität an Bussen, um die Leute zum „Ersatzhauptbahnhof“ nach Golm zu bringen. Die Chaostage der Bahn, die man jetzt schon in Potsdam bei den selten fahrenden S-Bahnen erlebt, werden somit ausgeweitet. Nachdem Potsdam trotz eines dafür geeigneten Bahnsteiges so gut wie vom Fernverkehr abgekoppelt ist, soll die brandenburgische Landeshauptstadt nun auch noch vom Regionalverkehr abgehängt werden. Das führt zu erheblicher Mehrbelastung von 70.000 Pendlern. Der Wissenschaftsstandort und die Touristenstadt verlieren so an Attraktivität.

Die Deutsche Bahn muss prüfen, ob sie ihre Reparaturarbeit bei laufendem Betrieb durchführen kann. DIE LINKE.Potsdam schließt sich der Forderung an, die gleichzeitige Sanierung der Berliner Stadtautobahn und der parallel verlaufenden Bahnstrecke Charlottenburg-Wannsee zu überdenken. Oder die Menschen fahren vom Bahnhof Pirschheide und von dort mit einer Expresslinie über den Südring via Südkreuz zum Hauptbahnhof.

DIE LINKE erwartet von den Verantwortlichen der DB AG, dass sie eine Entscheidung herbeiführen, in der sie die Belange der Pendler und der Landeshauptstadt Potsdam berücksichtigen.

Sascha Krämer

Gegendarstellung

In „Potsdams andere Seiten“ vom Februar 2011, Seite 6, wird in dem Artikel „B-Plan für freien Uferweg“ berichtet: „Der Anwalt Partsch hat durch die Sperrung eines von ihm offensichtlich zu diesem Zweck erworbenen Teilstücks des Uferstreifens auch den bisher noch freien Uferweg zwischen dem Hotel am Griebnitzsee und der Stadtgrenze zu Berlin in Richtung Kohlhaasenbrück unterbrochen. Es liegt auf der Hand, dass er mit dieser ausschließlich auf das Eigeninteresse ausgerichteten rücksichtslosen Handlung die Bemühungen der Stadt um die zum Verkauf stehenden Grundstücke konterkarieren will“

Die in diesen Sätzen enthaltenen Tatsachenbehauptungen sind unwahr.

Richtig ist folgendes:

Ich, Christoph Partsch, war von 2008 bis 2010 zusammen mit einem Dritten in GbR eingetragener Eigentümer der Flurstücke 105/1 und 105/3 in der Rudolf-Breitscheid-Straße 204. In dieser Zeit war das Grundstück zu keiner Zeit für die Öffentlichkeit gesperrt. Ich habe die beiden Flurstücke auch nicht zu diesem Zweck erworben. Da ich den noch offenen Weg nicht unterbrochen habe, liegt es im Gegenteil auf der Hand, dass ich die Bemühungen der Stadt dadurch nicht konterkarieren will.

Potsdam, den 4. Februar 2011
Christoph Partsch



In Potsdam-West wird gebaut

Endlich wachsen in der Brandenburger Vorstadt die lange angekündigten Bauwerke am Havelufer zwischen Yachthafen und art`otel – der so genannte „Momperbau“, eine Kaufland-Filiale, ein Seniorenheim und die Wohnanlage „Au Rivage“. Unser Foto: Die Baustelle von der Zeppelinstraße aus gesehen.

Helfer sind immer willkommen

Der Ortsverband der LINKEN in Potsdam-West stellt sich vor

Am 26. Mai 2010 wurde der Ortsverband Potsdam-West gegründet, zu dem auch der Ortsteil Brandenburger Vorstadt gehört. Aus verschiedenen Gründen haben sich einzelne Mitglieder angeschlossen, die ihren Wohnsitz anderswo haben. Die Mitgliederversammlung wählte einen SprecherInnenrat mit Bianca Bastian, Jan Eckhoff, Bernhard Heimann, Steffen Kühne und Marlies Nopens. An den Beratungen dieses Gremiums nehmen meist die Basisvorsitzenden teil, um die bevorstehenden Aufgaben zu koordinieren.

In den Sommermonaten 2010 stand der Oberbürgermeisterwahlkampf im Mittelpunkt. Mit der Verteilung von Wahlmaterial und mit Infoständen unterstützten Mitglieder die Kandidatur von Hans-Jürgen Scharfenberg. Zu dem von unserem Ortsverband organisierten Bürgerforum am 24. August konnten wir neben unserem Kandidaten auch die von CDU, FDP und der Wählergruppe Die Andere begrüßen. Bei der Wahl am 19. September erreichte DIE LINKE in solchen Hochburgen wie Haekkelstraße, Stormstraße und Auf dem Kiewitt die meisten Stimmen. In der Brandenburger Vorstadt (u. a. Feuerbachstraße und Clara-Zetkin-Straße) lag die SPD vorn, Bündnis 90/Die Grünen kamen auf einen beachtlichen Stimmenanteil. Das ist nicht zuletzt auf die veränderte Einwohnerstruktur zurückzuführen.



Der Ortsverbandsvorstand: Vorsitzender Bernd Heimann, Bianca Bastian, Jan Eckhoff und Marlies Nopens (v.l.n.r.)

Am 18. Oktober fand unsere zweite Mitgliederversammlung statt. An das problemreiche Referat des Landesvorsitzenden Thomas Nord über die Entwicklung der Partei schloss sich eine lebhaft diskussion an.

Im November und Dezember konnten wir uns im Vorstand auf wichtige Regelungen für die weitere Arbeit im Ortsverband einigen. Nachdem alle anderen 6 Ortsverbände Potsdams entsprechend der Kreissatzung durch Vorstände und Vorsitzende vertreten und durch Veröffentlichungen bekannt gemacht worden sind, tritt der Sprech-

erInnenrat nunmehr auch als Vorstand auf, und Bernhard Hei-



mann nimmt bis zur nächsten Wahl 2012 die Funktion des Vorsitzenden wahr. Im Rotationsverfahren nimmt jeweils ein Mitglied des Vorstandes als Gast an den Sitzungen des Kreisvorstandes teil. Der Ortsverbandsvorstand tagt regelmäßig ab Januar 2011 alle zwei Monate am vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr im Treffpunkt der

Volkssolidarität Auf dem Kiewitt. Nach wie vor steht vor dem Ortsverband die Aufgabe, Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen, die nicht in den bisherigen Basisorganisationen erfasst sind.

In der politischen Bildungsarbeit haben wir uns für die nächste Zeit vorgenommen, Veranstaltungen zum Programmwurf der Partei durchzuführen. Minister der LINKEN werden über ihre Arbeit in der Landesregierung Brandenburg berichten. Vorbereiten wollen wir eine Einwohnerversammlung zu Verkehrsfragen in Potsdam-West, zu der der zuständige Beigeordnete eingeladen wird.

Kontakte pflegen will der Ortsverband mit Stadtverordneten, mit den im Stadtteil aktiven Organisationen und Vereinen, darunter mit dem neu entstandenen Stadtteilnetzwerk Potsdam-West. In der Öffentlichkeit Präsenz zeigen kann und soll der Ortsverbandsvorstand unter anderem durch Infostände und die Verteilung von Zeitungen sowie Infomaterial. Dafür werden noch neue Helfer gesucht.

Bernhard Heimann,
Vorsitzender

Die unendliche Geschichte oder: Was wird aus dem Bahnhof Charlottenhof?

Er ist ein Glück für die vielen Pendler und Studierenden, die jeden Morgen vom Bahnhof Charlottenhof in Richtung Berlin oder Golm abfahren. Gleich in der Nähe der Wohnung einen Stadtteilbahnhof zu haben, ist wohl einer der größten Vorteile, den der Bewohner der Brandenburger Vorstadt hat, jedenfalls so lange er gut zu Fuß ist oder keinen Kinderwagen auf den Bahnsteig zu bringen hat. Denn durch die steilen Treppen, die den einzigen Zugang zu den Zügen gewähren, bildet der Bahnhof für Menschen mit Gehbehinderung, ältere Menschen, aber auch für Familien mit (Klein)Kindern eine fast unüberwindbare Barriere. Das Problem, je ein fehlender Aufzug für beide Gleise, ist seit Jahren ein Dauerbrenner. Sowohl die Stadtpolitik als auch der Verein „Brandenburger Vorstadt e.V.“ haben sich in inzwischen unzähligen Appellen an das Land und die

Deutsche Bahn AG gewandt, um das Problem endlich zu beheben, bisher ohne Ergebnis. Es drängt sich dem Beobachter in der Tat die Frage auf, ob die Bahn überhaupt daran interessiert ist, den Bahnhof so zu ertüchtigen, dass er den neuesten technischen Standards oder gar der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten UN-Konvention zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen entspricht. Denn nicht nur im Hinblick auf die Barrierefreiheit, sondern auch insgesamt bietet der Bahnhof eher ein Bild der Verwahrlosung. Technische Einrichtungen werden, wenn sie kaputt gehen, lange nicht repariert, das Gebäude insgesamt ist stark renovierungsbe-



dürftig und durch fehlende Absatzmarkierungen auf den Treppen kommt auch mancher Berufspendler, der gut zu Fuß ist, hin und wieder ins Straucheln. Man kann durchaus die Frage stellen, ob die Bahn den Bahnhof Charlottenhof nicht langsam abwickeln möchte. DIE LINKE wird weiter am Ball bleiben und alles dafür unternehmen, dass dieser Qualitätsverlust der Brandenburger Vorstadt nicht eintreten wird. Hoffentlich werden die Familien, Menschen mit Behinderung und ältere Menschen, die sowieso nicht gut zu Fuß sind, die langen Umwege zum Hauptbahnhof oder zum Bahnhof Park Sanssouci nicht mehr lange in Kauf nehmen müssen. Der Vorteil des Stadtteilbahnhofs muss endlich ein Vorteil für alle werden. -rb

Blau-weiße Poller im Pflaster

Brandenburger Vorstadt ist Vorreiter für neueste Standards für ein barrierefreies Potsdam

Wer derzeit an der Erlöserkirche vorbei durch die Nansenstraße geht oder versucht, dort sein Auto zu parken, dem fallen mit Sicherheit die blau-weißen, auffälligen Poller auf, die dort in das Pflaster eingelassen wurden. Diese begrenzen im Jahr 2010 geschaffene spezielle Überwege für Menschen mit Behinderungen aus einem Spezialpflaster, das es Rollstuhlfahrern und Menschen, die zum Gehen auf Rollwagen angewiesen

sind, ermöglicht, endlich die historischen Straßen in der Brandenburger Vorstadt zu überqueren. Die Baumaßnahme ist der Beginn eines umfangreichen Plans, die Brandenburger Vorstadt auch für Menschen mit Behinderungen begehbar zu machen, diese also weitgehend barrierefrei zu gestalten. Dazu werden in Zukunft nicht nur weitere Gehwege ausgebaut und Bordsteine abgesenkt, sondern unter anderem auch Beschil-

derungen, z.B. für den barrierefreien Tourismus, angebracht werden. Die Umgestaltungsmaßnahmen können aber nur schrittweise ausgeführt werden, da, wie so oft, nicht genügend Geld im städtischen Haushalt eingestellt ist, um alles Notwendige in einem Schritt zu erledigen. Daher kann es zunächst für Menschen mit Behinderungen zu Lücken im Wegenetz kommen, die noch nicht barrierefrei begehbar sind. Jan-

Peter Schmarje vom Behindertenbeirat der Stadt Potsdam ist jedoch froh, dass endlich etwas passiert. Er hofft, dass das wenige Geld optimal eingesetzt wird, um Schritt für Schritt ein barrierefreies Wegenetz in ganz Potsdam entstehen zu lassen. Da der Handlungsbedarf in der Brandenburger Vorstadt sehr hoch war, hat man dort in einem ersten Schritt 64.000 Euro verbaut, um zunächst einen lückenlosen Weg von der Geschwi-

ster-Scholl-Straße zum Park Sanssouci und über die Lennéstraße zum St. Josephs-Krankenhaus zu schaffen. Um die ganze Stadt nach diesem Beispiel umzugestalten, würde man etwa 50 Jahre brauchen. Dafür wünscht sich Karsten Häschel, Beauftragter für Menschen mit Behinderungen, einen eigenen Haushaltstitel in der Stadtkasse. Dieser wäre im Sinne eines Potsdams für alle Menschen sicher wünschenswert. -rb

Kluges Stadtteilmanagement ist nötig

Gentrifizierung – die soziale Wandlung eines Stadtteils und seine Folgen

Der Berliner Soziologe Andrej Holm erschütterte die Fachwelt und die Politik vor einigen Jahren mit einer These zur sozialen Wandlung von Wohngebieten und der Verdrängung von ganzen angestammten (ärmeren) Bevölkerungsschichten. Holm beschrieb das Phänomen, dass er Gentrifikation (Gentrifizierung) nannte, am Bezirk Prenzlauer Berg in Berlin. Er stellte fest, dass durch die Aufwertung von Wohnraum, aber auch durch den sozialen Aufstieg bestimmter Bevölkerungsgruppen (ehemalige Studierende, die nun gute Einkommen erzielen), Bevölkerungsgruppen, die diesen Aufwärtstrend nicht nachzuvoll-

ziehen vermögen, verdrängt werden und dass dieser Umstand zu wachsender sozialer Unzufriedenheit bis hin zu sozialem Unfrieden führen kann. Seine These beinhaltete, dass die Kommunalpolitik in Berlin diesen Prozess befördere, weil durch wohlhabendere Menschen mehr Einnahmen für die Kommune zu erzielen seien. Für diese offenbar als gefährlich eingestufte These und für die Maßnahmen, die er dagegen empfahl, wurde Holm von den Sicherheitsbehörden für mehrere Monate festgesetzt, da man ihn kurzerhand zum Gehirn einer linksradikalen Terrorzelle erklärte. Dieser Verdacht ist inzwischen

ausgeräumt und seine These hat sich als wahr herausgestellt. Sie ist auch in Potsdam täglich zu beobachten. In manchen Quartieren in der Landeshauptstadt leben die „Reichen und Schönen“ unter sich, die verdrängte, ärmere Bevölkerung sammelt sich in günstigeren Vierteln. Segregation der sozialen Schichten ist die Folge, soziale Durchmischung wird aufgehoben. Überdurchschnittlich viele Menschen ziehen z. B. in die Brandenburger Vorstadt. Im Gegenzug verlassen diese ebenso überdurchschnittlich viele Menschen, und zwar in Richtung Neubaugebiete.

Ein derartiger Bevölkerungs-

wandel ändert jedoch nicht nur die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern den gesamten Charakter des betroffenen Wohngebietes. Mieten steigen, Kneipen weichen Luxuslokalen, Tante-Emma-Läden werden zu exquisiten Bio-Läden. In dessen Folge werden die verbliebenen Alteingesessenen ausgegrenzt, weil sie sich das Angebot nicht mehr leisten können. So weit ist es in der Brandenburger Vorstadt noch nicht, aber die Entwicklung weist dorthin.

Nur ein kluges Stadtteilmanagement kann derartige Entwicklungen aufhalten. Dazu müssen unter anderem der Wohnungs-

markt reguliert, Einkaufsmöglichkeiten erhalten und geschaffen werden. Dazu gehört auch, alternative Wohnprojekte, wie das in der Zeppelinstraße 29 zu erhalten, damit es nicht dem gleichen Schicksal anheimfällt wie das in der Friedrichshainer Liebigstraße 14. Nur so kann sich der Charakter des Wohngebietes Potsdam-West erhalten. Der Weg weist derzeit leider in eine andere Richtung. Zur Zeit, als Holm das Phänomen beschrieb, war der Baustadtrat vom „Prenzlauer Berg“ Matthias Klipp. Der ist heute Baubeigeordneter in Potsdam und für Stadtteilentwicklung zuständig...

-rb

Tierheim in Fahrland?

Seit bekannt geworden ist, dass eine Bietergemeinschaft aus der Gesellschaft für Berufliche Bildung (GBA) und der Tiertafel den Unterschlupf für herrenlose Hunde und Katzen am Ende der Kienhorststraße aufbauen will regt sich im Ortsteil Fahrland der Protest der Ortsansässigen – auch, weil die GBA suchtbedrohte Jugendliche und Obdachlose im Rahmen eines Sozialprojektes in dem Heim arbeiten lassen will. Viele der Beschwerden beziehen sich auch auf Lärm, der schon jetzt von dem Grundstück, auf dem bereits Projekte der GBA laufen, ausgeht. Potsdam hat seit drei Jahren kein eigenes Tierheim. Derzeit übernimmt Beelitz die Tiere der Landeshauptstadt. Der betreffende Vertrag mit der Kommune läuft am 31. Juli aus.

„Havelland und mehr“

Obstgut Marquardt: Der ukrainische Maler und Architekt Andrej Khavratenko zeigt seine Bilder

Andrej Khavratenko wurde 1963 in Kiew geboren und studierte in den Jahren 1980 bis 1992 an den Akademien der Künste und für Bau und Architektur in Kiew sowie an der Hochschule der Künste in Berlin. Mehrere Studienreisen führten ihn nach Südeuropa, Lateinamerika und in die USA. Vor mehr als 20 Jahren kam er nach Berlin und lebt heute in Spandau.

Khavratenko hat seit 1992 seine Werke in verschiedenen Ausstellungen, z.B. im KaDeWe, in der Galerie Aedes und im Alten Museum in Berlin, präsentiert.

Das Werk des Künstlers umfasst verschiedene Malstile und -Techniken. Die Ausstellung in der Obstscheune Satzkorn besteht aus Aquarellen, die reizvolle Ansichten aus Berlin und anderen deutschen und europäischen Städten – darunter auch Potsdam – zeigen. Die



Motive besitzen dokumentarischen Charakter, teilweise bieten sie Ansichten der Vorwendezeiten.

Andrej Khavratenko zeigt Gegenständliches und Abstraktes und manches, was dazwischen liegt. Sein Handwerk hat er gründlich gelernt. Es sind keine konkreten

Landschaften, die er gemalt hat. Es sind verdichtete Landschaften, Erinnerungslandschaften, in denen Motive aus dem Havelland und aus der ukrainischen Heimat zusammenfließen. „Unsere Erinnerungen, unsere Vorstellungen sind nicht klar abgegrenzt, sie gehen

ineinander über“, erklärt der Maler seine Visionen. Mit kräftigen Farbtönen unterstreicht der Maler seine Themen.

Kunst in der Obstscheune – für Geschäftsführer Manfred Kleinert ist das schon Tradition. „Was in den ländlichen Raum passt, findet bei uns einen Platz“, unterstreicht er. Mit Schulen und Kindergärten hat er Patenschaftsverträge abgeschlossen, Keramik verkauft er in seiner Scheune. Kleine und große Künstler können sich vorstellen. Der Kontakt zu Andrej Khavratenko kam über das Hotel „Gutshof Falkenrehde“ zustande. „Havelland und mehr“ – so haben wir die Ausstellung genannt“, sagt Manfred Kleinert.

Die Ausstellung „Havelland und mehr“ ist bis zum 19. März in der Obstscheune Satzkorn täglich geöffnet von 9 bis 18 Uhr.

Die Verkehrssituation vor Ort – angefangen von dringenden nötigen Straßensanierungen bis hin zum ÖPNV – stand



„Rathausreport live“ in Golm

auch im Mittelpunkt des ersten Frühschoppens der Fraktion DIE LINKE „Rathausreport live“ am letzten Sonntag im Januar im Landhaus Potsdam in Golm.

Das Haus war gut besucht. Die Ortsvorstände von Golm und Eiche waren fast vollständig erschienen.

Von der Stadtfraktion DIE LINKE waren drei Frauen dabei: Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Karin Schröter, Dr. Gabriele Herzel und Dr. Sigrig Müller.

Dr. Schröter berichtete zu Beginn über die wesentlichen Momente und Entscheidungen der gerade zurückliegenden Stadtverordnetenversammlung, so auch über den Bericht des Oberbürgermeisters, der u.a. über die Kita- und Schulsanierungen, die nicht wie von der LINKEN gefordert und in der SVV beschlossen bis 2014 finanziell zu stemmen sein wird. Dr. Sigrig Müller informierte über den Antrag des Jugendhilfeausschusses, den sie als

deren Vorsitzende in der SVV begründet hatte. Hier geht es um die Finanzierung von vier Maßnahmen, die eine Verbesserung der Qualität der Kinder- und Jugendarbeit und der Arbeit in Kitas bewirken sollen.

Gast des Frühschoppens war der VIP-Geschäftsführer Martin Weis. Der ViP-Chef nahm die Fragen und Probleme der BürgerInnen in Sachen ÖPNV mit und sicherte Klärungen zu. Martin Weis blickte in die Zukunft: Nach 2014 soll es eine Straßenbahntrasse nach Golm geben.

„Was kann Potsdam von Gelsenkirchen und Gelsenkirchen von Potsdam lernen“

Der Ortsverband Potsdam-Süd und die BAG Städtebau- und Wohnpolitik in der Partei DIE LINKE laden ein zu der am **Sonnabend, dem 19. März 2011, im Potsdamer Bürgerhaus am Schlaatz, Am Schilfhof 28 in 14478 Potsdam anberaumten stadtentwicklungspolitischen Tagung**

„Was kann Potsdam von Gelsenkirchen und Gelsenkirchen von Potsdam lernen?“

Zwei Städte mit unterschiedlicher städtebaulicher, sozialer und wirtschaftlicher Struktur aber ähnlichen, zu bewältigenden Aufgaben beim sozialen Stadtumbau.

Gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Verwaltung aus Gelsenkirchen und Potsdam sowie mit Bürgern und Experten



des Wohnungswesens wollen der Ortsverband und die BAG Städtebau- und Wohnungspolitik Erfahrungen und Lösungsansätze im sozialen Stadtumbau vorstellen und diskutieren.

Während Gelsenkirchen mit einem Einwohnerrückgang zu kämpfen hat, wächst Potsdam. In Gelsenkirchen wird Wohnraum auch aus fehlendem Bedarf zurückgebaut. In Potsdam

stehen einerseits eine stark gestalterisch ausgeprägte Stadtrenovierung und andererseits die Schaffung von zusätzlichem, auch sozialverträglichem Wohnraum im Vordergrund.

Dagegen haben beide Städte sich dem Rückzug des von Großunternehmen dominierten Einzelhandels aus einzelnen Stadtgebieten und deren Zentren zu stellen. Bei der Beteiligung der Bürger werden beide Städte sicherlich ähnliche, aber auch differenzierte Erfahrungen gemacht haben.

Am **Freitag, 18. März 2011**, findet als Auftakt eine Stadtrundfahrt statt.

(Anmeldung für beide Veranstaltungen unter *heidrun.bluhm.ma11@bundestag.de* oder *ovpotsdam-sued@dielinke-potsdam.de* bis zum 4. März)

Aktuelles zu CCS

Der Landesvorstand verständigte sich mit Wirtschaftsminister Ralf Christoffers zur aktuellen Situation um das Thema CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung, engl. Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS) und die nach der Genehmigung des Hauptbetriebsplans eingetretene innerparteiliche Situation. Ralf Christoffers unterstrich dabei, dass die Debatte um den Kompromiss im Koalitionsvertrag nicht neu ist. Neu ist jedoch die Personalisierung des Konfliktes. Zugleich bedauerte der Wirtschaftsminister, welche öffentliche Wirkung die Genehmigung zum Hauptbetriebsplan hatte. Obwohl der Antrag auf eine solche Genehmigung schon seit Mai 2010 vorlag und damit keinesfalls der Startschuss für das Erkunden und Aufsuchen gegeben werde, sei dieser Eindruck entstanden. Das lag auch

an einer unzureichenden Kommunikation. Zugleich verwiesen Ralf Christoffers und andere Teilnehmer darauf, dass auch in Zukunft ähnliche gesellschaftliche Konflikte (z.B. bei der Windkraft) auf uns zukommen werden. Dafür soll eine vorausschauende Krisenkommunikation entwickelt werden. Der Landesvorstand stellte zudem fest, dass innerparteiliche Solidarität für alle Beteiligten gelten muss. In der Debatte wurde zudem festgestellt, dass der Konflikt die Glaubwürdigkeit der Partei als Ganzes in Frage stellt. Dabei hilft die Berufung auf den Koalitionsvertrag nur wenig, wenn der Eindruck entsteht, die LINKE sei Vorkämpferin für CCS. Aktuell wird zum CCS-Gesetz ein Positionspapier der Landesregierung erarbeitet. Der Landesvorstand beauftragte zudem Thomas Domres und Peer Jürgens, einen



Initiativantrag für den Landesparteitag zu dem Thema zu erarbeiten. Mitglieder der Bundestagsfraktion arbeiten an einem Antrag, der die Bundesregierung

beauftragen soll, das Bundesgebiet gemäß § 4 der entsprechenden EU-Richtlinie als mögliches CCS-Speichergebiet auszu-schließen.

Schäbiger Wahlkampf der Hartz-IV-Parteien

Langzeitarbeitslose bekommen immer mehr Druck. Die Zahl derer steigt, denen das Geld gekürzt wird – weil sie eine Frist versäumt haben oder einen Job ablehnen zum Beispiel. Das antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Allein im vergangenen Jahr wurden zwölf Prozent mehr Hartz-IV-Beziehenden ihre ohnehin schon knappen Leistungen gekürzt. Gleichzeitig ist der Rahmen für zumutbare Jobs immens ausgeweitet worden. Von den Menschen werde Unzumutbares verlangt, kritisiert Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion. Das Problem der Menschen sei nicht die

fehlende Motivation, sondern fehlende gute, fair bezahlte Arbeit. „Die Hartz-IV-Koalition von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen lässt Millionen Langzeitarbeitslose und ihre Familien aus rein parteiegoistischen Interessen im Verfassungsvakuum hängen. Das ist schändlich und verantwortungslos“, kritisiert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, das Scheitern der Hartz-IV-Vermittlung, von der DIE LINKE verfassungswidrig ausgeschlossen worden war. „Da wird ein schäbiger Wahlkampf auf dem Rücken von Millionen Betroffenen geführt. Allein, dass damit CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne 1,8 Millionen Kindern weiter einen Zuschuss

zum Mittagessen verwehren, macht deutlich, dass ihnen deren Schicksal gleichgültig ist.“ Gysi fährt fort: „Das nun einsetzende Schwarze-Peter-Spiel, wer Schuld am Scheitern trägt, ist eine Fortsetzung der ... Spiegelfechtere der Hartz-IV-Parteien. Im Grundsatz sind sie sich einig, am entwürdigenden und repressiven Charakter von Hartz IV nichts, aber auch gar nichts zu ändern. Das ist zugleich eine beispiellose Ignoranz gegenüber dem Bundesverfassungsgericht und seinem Urteil.“

Die Hartz-IV-Koalition hat damit de facto das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum außer Kraft gesetzt. Hier

tut eine schnelle rechtliche Klärung not.

Eine Bundesregierung, die einen verfassungslosen Zustand nicht nur zulässt, sondern regelrecht provoziert, verletzt ihren Amtseid. Das ist Arbeitsverweigerung im Amt und ein beispielloser Vorgang, mit dem Politikverdrossenheit massiv befördert wird.

Dass CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne sich darin einig waren, DIE LINKE auf illegale Weise aus dem Vermittlungsverfahren herauszuhalten, macht das ganze Verfahren ohnehin zur Farce, die demokratischen Maßstäben in keiner Weise gerecht wird. Auch diese Fragen wird das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden haben.“

Wo bleiben „Nägel mit Köpfen“ bei Hartz-IV?

Zum Scheitern der Gespräche im Vermittlungsausschuss erklärt Jana Schulze, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam: „Die Überarbeitung von Hartz IV ist gescheitert! Halbherzig und mit wenig Gespür für die Betroffenen wurde das Gesetz eingebracht und vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss überwiesen. Dort feilschten die Vermittler wie auf einem orientalischen Bazar um jeden Cent. Das Ergebnis wurde von den Mitwirkenden mit wohlfeilen Worten, und immer die andere Seite als Schuldigen hinstellend, präsentiert. Nichts wurde erreicht. Es macht sich Ernüchterung und Zorn breit, dass wieder nur an das eigene Festhalten an Machtpositionen und Durchboxen eigener politischer Forderungen gedacht und die eigentlichen Empfänger vergessen wurden. Es bedarf eines kleinen Schrittes hin zu mehr Chancengleichheit. Nur mit der Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro und einer Anhebung des Kinderregelsatzes ist mehr soziale Gerechtigkeit möglich“, so Jana Schulze.

Revolution im Nahen Osten

Unerwartet und doch nicht überraschend erheben sich die Menschen in den arabischen Ländern gegen die teilweise schon seit Jahrzehnten herrschenden Autokraten und Despoten. Angefangen hatte alles am 17. Dezember 2010. In der zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid verbrannte sich der 26jährige Gemüsehändler Mohammed Bouazizi vor dem örtlichen Polizeipräsidium, nach dem seine Beschwerde gegen Schikanen von der Polizei abgewiesen worden war. Er starb am 4. Januar 2011 an den Folgen seiner schweren Verbrennungen. Doch Bouazizis Tat wurde zum Fanal für die ganze Region. Überall rebellieren die Völker, versuchen Herrscher, mit panischen Aktionen ihre Macht zu sichern.

Schon im Dezember fanden erste Großdemonstrationen in Tunesien statt. Nach weiteren Protesten musste Präsident Ben

Ali am 14. Januar 2011 im Zuge der Jamin-Revolution zurücktreten und das Land verlassen. Nicht anders erging es Ägyptens Präsident Mubarak, inzwischen 82jährig, der seit 1981 das Land am Nil regierte. Nachdem am 25. Januar 2011 die friedlichen Demonstrationen in Kairo begonnen hatten, versuchte er erfolglos, die Massen durch die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten und Regierungsumbildungen sowie die Ankündigung, nicht erneut als Präsident zu kandidieren, zu beruhigen. Auch der Einsatz von Schlägertrupps konnte die Menschen nicht mehr einschüchtern. Die Revolution der Jugend brachte mehrere Millionen Menschen in allen Städten Ägyptens auf die Straße, um den Rücktritt Mubaraks zu fordern. Am 11. Februar 2011 musste Mubarak die Macht an einen Militärrat übergeben, der

das von der Regierungspartei NDP dominierte Parlament auflöste, die Verfassung außer Kraft setzte und eine Übergangsphase zu einem demokratischen System von sechs Monaten ankündigte.

Die Despoten in beiden Ländern sind gestürzt, die Systeme dagegen versuchen sich zu restaurieren. Der Übergang zu demokratischen politischen Strukturen ist angekündigt, aber noch nicht vollzogen. Noch ist nicht sicher, zu welchen Ergebnissen die Revolutionen tatsächlich führen werden. Die Demokratiebewegungen der säkularen Kräfte in beiden Ländern werden auf der Hut sein müssen, dass es tatsächlich zur Herausbildung von neuen, demokratischen Systemen kommt.

Die Ausstrahlung der Revolutionen in die anderen arabischen Länder und darüber hinaus ist enorm, das Potenzial zu einer

Welle von Umwälzungen gegeben. Demonstrationen gab es bereits auch in Jordanien, Sudan, Algerien und im Jemen, Bahrain und Libyen. In einigen Ländern wurden die Demonstranten von der Polizei niedergeknüppelt oder -geschossen, es gab mehrere Todesopfer. In Jordanien entließ der König Ministerpräsident und Regierung. Im Jemen beeilte sich Präsident Abdallah Salih (regiert seit 1978) zu versichern, dass er nach dem Ende der derzeitigen Amtszeit, die allerdings noch bis 2013 dauert, nicht zur Wiederwahl antritt und auch sein Sohn nicht für seine Nachfolge kandidieren werde. Die korrupten, undemokratischen und menschenrechtsverachtenden Regimes in der arabischen Welt sind ins Wanken geraten.

Kilian Kindelberger
BBAG e.V.

Gedenkkultur – wen ehrt die Stadt?

Es ist schon interessant, wen der OB alles so ehrt und wen nicht. Da steht er am Grabe von Friedrich II., „dem weisen Staatsmann“, der Preußen in zahlreiche Kriege verwickelte. Das ist legitim und gehört zur Potsdamer Gedenkkultur. Gleichzeitig aber vergisst Jann Jakobs all die anderen wichtigen Personen der Stadt:

- Karl Liebknecht, der entgegen der geforderten Parteidisziplin der SPD, im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte und in der Hegelallee 38 dafür die Zustimmung seiner Potsdamer Genossen erhielt,

- den Potsdamer Revolutionär und Demokraten Johann Maximilian Dortu, einen bedeutenden Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie,

- die Potsdamer Spanienkämpfer, die an der Seite der demokratisch gewählten republikanischen Regierung Spaniens gegen faschistische Putschisten unter General Francisco Franco kämpften,

- Hermann Schulze-Deletzsch, dem Begründer der Genossenschaftsbanken, der 2008 seinen 200. Geburtstag hatte und in der Friedrich-Ebert-Straße in Potsdam wohnte,

- Hans Otto wäre letztes Jahr 110 Jahre alt geworden, aber weder das nach ihm benannte Theater noch die Stadt Potsdam hat offenbar an das Jubiläum gedacht.

Mittlerweile kann man Bücher damit füllen, wie diese Stadt seit der Wende mit bestimmten Personen der Zeitgeschichte umgeht. DIE LINKE und viele andere sprechen sich für eine Gedenkkultur aus, die alle Facetten der Stadtgeschichte beleuchtet und nicht nur einige ausgewählte Highlights der Geschichte, die einem gerade opportun vorkommen.

*Sascha Krämer
Vorsitzender
DIE LINKE.Potsdam*

Wie eine Gedenktafel in Babelsberg verschwand

Ein Fallbeispiel aus der Potsdamer Gedenkpolitik/Von Lutz Boede

Am 12.11.1931 wurde am heutigen Weberplatz Herbert Ritter vom SA-Mann Günter Güstrow erschossen. Der 17-jährige Jungkommunist Ritter war das erste Todesopfer des Nazi-Straßenterrors in Nowawes. Das SPD-Organ Vorwärts berichtete: „Der Krieg auf den Straßen – Kommunist von Nationalsozialist erschossen“, das KPD-Organ Volksecho schrieb: „Nazis erschießen Junggenossen“. Die Potsdamer Tageszeitung bezeichnet den Vorfall als „Schießerei“, obwohl nur der Mörder Günter Güstrow eine Schusswaffe hatte. Das NSDAP-Blatt Angriff sprach von Notwehr gegen einen Überfall von Kommunisten und bestritt die NSDAP-Mitgliedschaft des Täters. Allerdings finden sich in den Polizeiakten Beweise dafür, dass er die Ersatzuniform trug, die nach dem Uniformierungsverbot des preußischen Innenministers in der SA üblich war und ein Wolfsangelabzeichen hatte.

Dennoch erklärte die Polizei die Aussagen der kommunistischen Jugendlichen für unglaubwürdig. Der Täter wurde lediglich wegen illegalen Waffenbesitzes verurteilt, die Ermordung Herbert Ritters wurde nicht einmal angeklagt und verhandelt. Wenig später wurde Güstrow Mitglied der NSDAP und verzog aus Nowawes.

Eine Woche nach seiner Ermordung wurde Herbert Ritter auf dem Friedhof in der Großbeerstraße beerdigt. An diesem Tag legten hunderte Menschen in Nowawes die Arbeit nieder und nahmen an der Beerdigung teil, auf der Vertreter der SAJ, des KJVD und des sozialdemokratischen Reichsbanners sprachen.

Der Grabstein entstand nach den Plänen des Nowaweser Architekten Walter Klausch, der als Kommunist später im KZ Oranienburg umkam. Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 wurde der Grabstein entfernt. Der Friedhofsarbeiter Otto Oerlecke (SPD) barg den fünfzackigen Kupferstern mit den Lebensdaten Ritters und versteckte ihn während der NS-Zeit. Seine Witwe übergab ihn 1945 der KPD-Leitung in Babelsberg. Heute befindet er sich im Lager des Potsdam-Museums.

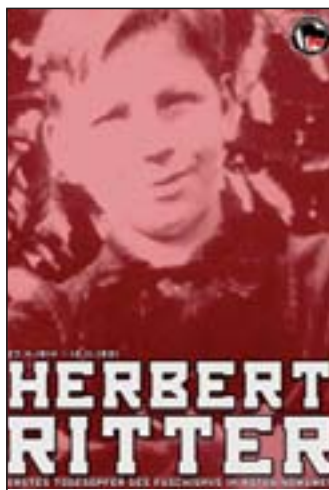
Nach der Befreiung Potsdams wurde 1946 eine kleine Straße, die zum Weberplatz führt, nach Herbert Ritter benannt. Damals gab es die SED noch nicht einmal.

In der DDR-Zeit wurde Herbert Ritter 1958 zum Namensgeber einer PGH (1958), einer FDJ-Grundorganisation im Staatsarchiv (1972), des Kindergartens in der



Fußballfans und VVN/BdA ehrten im November 2010 Herbert Ritter.

Karl-Liebknecht-Straße, der Oberschule in der Gluckstraße (1973) und des Kulturhauses Babelsberg (1974). An einem Gebäude unmittelbar am Weberplatz wurde eine schwere Tafel in eine Hauswand eingelassen, die an die Er-



mordung Ritters an diesem Ort erinnerte.

Das war wohl dann doch ein bisschen viel für das bürgerliche Potsdam. Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung bereinigte in den 90er Jahren das Potsdamer Straßenverzeichnis. Zahlreiche Straßen, die nach Antifaschisten und Spanienkämpferinnen benannt waren, wurden in einem Anflug von Bilderstürmerei umbenannt - zumeist erhielten sie einfach die Namen, die sie vor 1933 trugen. Der Name Herbert Ritters verschwand weitgehend aus dem Potsdamer Stadtbild. Die Namensschilder wurden abgeschraubt, die Gedenktafel verschwand, das 1974 erneuerte

Grab wurde trotz Denkmalstatus kaum gepflegt.

Noch heute sind in Babelsberg Gerüchte zu hören, dass Herbert Ritter vor allem ein Raufbold gewesen sei, der gemeinsam mit Freunden im Stadtteil unterwegs war und handfeste Auseinandersetzungen mit Nazis suchte. Heute lässt sich kaum noch nachvollziehen, was davon Dichtung und was Wahrheit ist. Allerdings ist zu bezweifeln, dass es einer Stadt, die bis heute Hindenburg in der Ehrenbürgerliste führt und großzügig über das Lebenswerk der Männer des 20. Juli 1944 vor dem Putschversuch hinwegsieht, zusteht, dem ersten Todesopfer des deutschen Faschismus in Nowawes und wahrscheinlich in der gesamten Region Potsdam aus diesen Gründen ein würdiges Andenken zu verweigern.

2009 gründeten antifaschistische Babelsberger Fußballfans die AG Gedenken-Erinnern-Mahnen, durchstöberten die Archive und gestalteten ein Heft mit Informationen über Herbert Ritter. Gemeinsam mit der VVN-BdA luden die Ultras Babelsberg am 12.11.2010 zum Gedenken an die Ermordung Ritters zum Weberplatz. Dort wurden nicht nur Informationen zu Herbert Ritter gegeben und die Gedenkpolitik der Stadt Potsdam kritisiert. Zur Überraschung der anwesenden Gäste und Pressevertreter wurde am Schulungszentrum der IHK mit Trittleiter und Akkuschauber ein großes Plasteschild der IHK abgeschraubt und die verloren geglaubte Gedenktafel neu enthüllt. Sie befindet sich in bestem

Zustand und musste nur etwas entstaubt werden.

Es ist unbegreiflich, aus welchem Motiv diese Tafel derart erfindungsreich aus dem Stadtbild entfernt wurde. Sie enthält ja nicht einmal die - auf Gedenktafeln nicht nur der DDR-Epoche nicht unübliche - Glorifizierung für den Geehrten. Die Inschrift beschränkt sich eher nüchtern auf das historische Ereignis selbst: „Auf dem heutigen Weberplatz wurde am 12. November 1931 der Jungkommunist Herbert Ritter ermordet. Er war das erste Opfer des Faschismus im damaligen Nowawes.“

Die VVN-BdA hat daher eine Anfrage an den Oberbürgermeister veranlasst, um zu klären, wer die Gedenktafel unter welchen Umständen verschwinden ließ. Einen besonderen Dank möchten wir an dieser Stelle dem älteren Antifaschisten aus Babelsberg übermitteln, der der VVN-BdA wenige Wochen vor der Gedenkveranstaltung den Hinweis zum Verbleib der Gedenktafel gab. Auch ihm ist es zu verdanken, dass es in Babelsberg nun wieder einen Ort gibt, an dem jährlich an das erste Todesopfer der Nazis in Nowawes erinnert werden kann.

Leider hat es die IHK bislang nicht für nötig gehalten, sich zu der respektlosen Verhüllung der Gedenktafel zu positionieren. Dazu hat sie nun in einem Bußgeldverfahren Gelegenheit.

Denn die erforderliche Genehmigung für die Veränderung der denkmalgeschützten Fassade wurde nicht erteilt.

Problem für brandenburgische Studierende

Linksjugend zur Personalentscheidung der neuen Wissenschaftsministerin

Die Zugeständnisse der Landesregierung im Zuge des Bildungsstreiks und der Besetzung des Auditoriums Maximum der Universität Potsdam wurden nur gegen den entschiedenen Widerstand von Frau Kunst erreicht.

Mit der für das Jahr 2011 erkämpften Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes sollten seit langem überfällige Reformen des Hochschulwesens eingeleitet werden. Hierzu zählt u.a. die Demokratisierung der Verfassung der Hochschulen. Wenn nun Frau Kunst als Wissenschaftsministerin diesen Prozess führen soll, wird der „Bock zum Gärtner“ ernannt.

Frau Kunst stand in ihrer Zeit als Präsidentin für die Privatisierung und Verknappung universitärer Lehre, für die Militarisierung der Hochschule und für den Nachrang von Geistes- und Kulturwissenschaften. Sie hat die neoliberale Umstrukturierung der Universität Potsdam maßgeblich vorangetrieben und steht in ihrer Bilanz für einen deutlichen Bruch mit dem humboldtschen Bildungsideal.

Unter der Präsidentschaft von Sabine Kunst wurden erstmals zivil-militärische Kooperationsprojekte durch den Aufbau des Brandenburgischen Instituts für Sicherheit und Gesellschaft (BIGS)



und den Studiengang Military Studies, der in Kooperation mit

der Bundeswehr läuft, etabliert.

Claudia Fortunato, Mitglied des LandessprecherInnenrates der Linksjugend [‘solid], erklärt: „Frau Kunst zeichnet verantwortlich für die Liquidierung des Studienganges Kunsterziehung. Brandenburg bildet nun keine KunstlehrerInnen mehr aus. Als Kultusministerin hat sie sich so von vornherein disqualifiziert.“ Unter diesen Voraussetzungen wird von den Forderungen des Bildungsstreiks nach einer fortschrittlichen und demokratischen Lehre, die auch durch DIE LINKE und die GEW unterstützt wurden, wohl nichts übrig bleiben.

Lehrgang „Politikmanagement im Ehrenamt“: Jetzt bewerben!

Der Startschuss für den vierten Lehrgang „Politikmanagement im Ehrenamt“ ist gefallen. Es werden wieder Interessierte - vor allem Frauen - gesucht, die sich für ehrenamtliche Funktionen qualifizieren wollen. Ob Büroorganisation und Zeitmanagement, Interne Kommunikation oder Gesprächsführung oder das Projektmanagement und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, all das soll auch Thema des neuen Lehrgangs werden.

Ab sofort können Kreisvorstände und Fraktionen dafür ihre Vorschläge einreichen. Natürlich kann sich auch jedes Mitglied selbst bewerben. Wir sichern Spitzenpersonal für die Durchführung der Seminare. Wer wissen will, ob das stimmt, der fragt einfach die Teilnehmer des dritten Lehrgangs. Fragen zu Details der Organisation kann der Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle Wolfgang Sachse beantworten unter wolfgang.sachse@dielinke-brandenburg.de oder tagsüber unter 03334/236987.

Enquete im Nebel

Aufarbeitung und Bewältigung statt Generalabrechnung/Von Dr. Jochen Franzke

Im Juni 2010 hat sich eine Enquete-Kommission des Landtags mit dem sperrigen Titel „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ konstituiert. Mittlerweile sind acht Sitzungen absolviert. Dennoch ist es heute kaum möglich, seriös vorherzusagen, was am Ende herauskommen wird. Irgendwie liegt alles noch sehr im Nebel...

Relativ eindeutig ist, was die Opposition im Landtag mit dieser Kommission bezweckt. Die Fraktionen der CDU, der FDP sowie von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zielen auf eine Generalabrechnung mit 20 Jahren brandenburgischer Landespolitik. Die Sitzung am 18. Februar zeigte wieder mal, wie scheinheilig es dabei zugeht. Warum wurde in der 1. Legislaturperiode kein Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen eingesetzt, wurde von Vertretern jener Parteien vorwurfsvoll gefragt, die damals in einer Ampelkoalition mit der SPD das Land mitregierten. Die im Vergleich zu Sachsen und Thüringen deutlich geringere Zahl von Rehabilitierungsanträgen von Opfern der SED-Diktatur wurde von Vertretern jener Oppositionspartei lautstark beklagt, die das Land zuletzt zehn Jahre lang mitregiert hat. Kein Wort der Selbstkritik, keine Übernahme politischer Verantwortung für vorhandene Missstände. Als ob die Marsmenschen die letzten 20 Jahren die Mark regiert hätten...

Alle Probleme des Landes – so lautet das schlichte Weltbild der Opposition – rühren von „per-

sonellen Kontinuitäten“ her. Offenbar geht man davon aus, dass alle diese Mitarbeiter im öffentlichen Dienst Tag und Nacht am Untergang des brandenburgischen Abendlandes arbeiten. Mit dem Rausschmiss von Tausenden Polizisten, Lehrern und Hochschulmitarbeitern, die schon vor 1989 in diesen Bereichen tätig waren, soll das nun „bewältigt“ werden. Statt die Leistungen dieses Personenkreises beim Auf-

bau des demokratischen Brandenburgs zu würdigen, wird dieser pauschal verdächtigt. Ein erschreckendes Menschenbild tritt hier zutage. Es wird spannend sein zu sehen, wie diese Parteien das beim nächsten Wahlkampf ihren Wählern erklären wollen...

Bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte stehen sich in der Kommission zwei Ansichten gegenüber. In einer offenen demokratischen Gesellschaft muss

es eine pluralistische Debatte über die Geschichte geben, der Staat darf hier kein Geschichtsbild vorgeben – so die eine Position. Entgegengesetzt wird versucht, einen virtuellen „Landesgeschichtsbefragten“ zu etablieren, der Lehrern und Professoren vorschreiben soll, welches einzig richtige DDR-Bild zu vermitteln ist. Von der Freiheit der Wissenschaft und dem Beutelsbacher Konsens scheinen Manche noch nie was gehört zu haben.

Natürlich sind auch erste Zwischenergebnisse zu verzeichnen. Schließlich gibt es einen Konsens, insbesondere den nachwachsenden Generationen auch anhand der DDR-Geschichte zu zeigen, wohin eine Diktatur führt. Denn diese wird es in der Hand haben, dafür zu sorgen, dass nie wieder Brandenburgerinnen und Brandenburger in einer solchen Diktatur leben müssen. Mittlerweile ist auch deutlich geworden, dass der Verzicht auf einen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Brandenburg ein gravierender Fehler war. Auch bei der Würdigung und Rehabilitierung der politischen Widerständler in der DDR ist noch vieles zu verbessern.

Die Kommission könnte sich Verdienste erwerben, wenn sie konkrete Analysen über die Gegenwart des Landes in Auftrag gibt, aus denen dann Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden könnten. Leider geschieht dies bislang kaum. Ich hoffe nach wie vor, dass die Koalitionsfraktionen hier im weiteren Verlauf der Enquete-Kommission stärker Akzente setzen.

Respekt für die Opfer – Handlungsbedarf erkannt

Zur Tagung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ zum Umgang mit ehemals politisch Verfolgten und Benachteiligten in Brandenburg erklärte die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser: „Die Debatte zum angeforderten Gutachten von Prof. Siegmund, insbesondere aber die Anhörung der Betroffenen hat deutlich gemacht: Die Opfer politischer Verfolgung und Benachteiligung in der DDR verdienen unseren anhaltenden Respekt und angemessene Unterstützung von Politik und Gesellschaft.

Brandenburgs Weg bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit steht im Lichte dieser Debatte nicht in Frage, sehr wohl sind aber ernsthafte Defizite im Umgang mit den Opfern deutlich geworden.

Es zeigt sich: Es war richtig und überfällig, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur zu berufen.

Die Ergebnisse zu strukturellen und institutionellen Aspekten der Praxis in Brandenburg müssen in die politischen Handlungsempfehlungen einfließen, die die Kommission im Ergebnis ihrer Arbeit vorlegen wird.

Sichtbar gewordene Defizite im Lande dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass ernste Probleme auch im Bundesrecht angelegt und auf dieser Ebene zu bewältigen sind.“

Begriffsbestimmung Zensus:

„Eine Volkszählung (auch Zensus, Census oder Makrozensus) ist eine gesetzlich angeordnete Erhebung von statistischen Bevölkerungsdaten, wobei die Bürger bei der herkömmlichen Methode der Zählung per Fragebogen zur Auskunft verpflichtet sind.“
Quelle:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Volkszaehlung>

Dietrich Kittner
Der Widerspenstigen Zählung
ISBN 978-3-924526-35-1
Preis: 11,95 €
edition logischer garten, Bischofsholer Damm 88, 30173 Hannover

Sudoku

4			1	7				5
9		2				3		8
			9		3			
1		5				6		7
	8			1				3
2		3				1		9
			6		4			
5		4				9		3
6			2	9				4

Auflösung Februar

5	6	7	4	9	3	2	8	1
1	2	4	5	8	6	3	9	7
9	3	8	2	1	7	6	5	4
2	9	3	1	6	8	7	4	5
4	8	5	3	7	2	1	6	9
6	7	1	9	4	5	8	2	3
3	5	6	7	2	9	4	1	8
7	4	2	8	5	1	9	3	6
8	1	9	6	3	4	5	7	2

Der Widerspenstigen Volkszählung

„Zensus 2011 – Wissen, was morgen zählt“/Von Edith Wagner, Berlin (gekürzt)

„Ermöglicht die hiesige Wohnung die Führung eines eigenen Lebenshaushalts?“, „Wohnen Sie in Ihrer Wohnung mit einem Partner/einer Partnerin in einer Lebensgemeinschaft zusammen, die weder Ehe noch eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft ist?“ oder „Haben Sie in den letzten vier Wochen etwas unternommen, um Arbeit zu finden?“ So und noch schlimmer lauten die Fragen, die Vater Staat Ihnen beim sogenannten „Zensus 2011“ stellt. Aber nur, wenn Sie zu den zehn Prozent der auserwählten Bevölkerung gehören.

In einer Verordnung von 2008 verpflichtet die Europäische Union alle Mitgliedsländer, Daten über die Bevölkerung zu sammeln. Ein Merkmalkatalog legt fest, welche Daten erhoben werden sollen, beispielsweise Familienstand, Arbeit oder Größe des

Haushalts. Die Bundesregierung nimmt dies zum Anlass, die eigenen Erhebungen auf den neusten Stand zu bringen. „Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht!“ (ZensG 2011 § 18). Wer wissen möchte, wie sich der Aushorung unter Einhaltung gesetzlicher Vorschriften entzogen werden kann, dem sei Dietrich Kittners 72-seitiges Büchlein „Der Widerspenstigen Zählung“ inklusive



CD mit einem bisher unveröffentlichten 60-minütigen Büh-

nenmitschnitt der Kittner-Satire empfohlen. Der Kabarettist hat exemplarische Maßnahmen erarbeitet, aufgeschrieben und durchgesetzt.

Dies sei insbesondere Immobilienbesitzern empfohlen, die müssen nämlich Auskunft über die Mieter ihrer vermieteten Wohnungen geben und beispielsweise angeben, ob die Wohnung ihrer Mieter eine Ferien- oder Freizeitwohnung ist. Das kann dann als staatlich verordneter Spitzelauftrag verstanden werden, was insbesondere die neuen Bundesländer zu verstehen wissen.

Satiriker Kittner wünscht dem Volke vorab auf seiner Homepage www.dietrich-kittner.de „ein strafloses Überstehen des für Januar 2011 von der Bundesregierung angedrohten, auch ‚Volkszählung‘ genannten Massenverhörs.“

Politisch geWITZtes

Ein westlicher Politiker, auf Studienreise in China, sucht das Gespräch mit der Bevölkerung. Endlich hat er einen englischsprechenden Chinesen gefunden und erkundigt sich nach Lebensgewohnheiten, Wohnverhältnissen usw. Schließlich möchte er wissen: „Do you have elections in China?“ Der Chineser guckt erst mal leicht verwundert. Dann antwortet er: „Yes, sil, evely molning.“

Was ist der Unterschied zwischen der FDP und einem Manta? Der Manta hat mehr Sitze...

Angela Merkel ist Kandidatin in einer Quizsendung. „Und nun

die entscheidende Frage, Frau Merkel, wie viele Inseln gibt es in der Nordsee und wie heißen sie?“ „Es gibt sehr viele Inseln in der Nordsee und ich heiße Angela Merkel!“

Prinz Charles ist sehr traurig. Sein Lieblings-Pferd musste erschossen werden. Es hatte was mit einem Araber...

Auf einem Staatsempfang unterhält sich Helmut Kohl mit einem hohen Sowjet-General, dessen Uniform mit Reihen von Orden übersät ist. Plötzlich eilt ein Sicherheitsbeamter herbei: „Herr Bundeskanzler, Sie haben geläu-

tet?“ „Nein. Der General hat geniest...“

Fast überall gibt es heute Warnhinweise, die zum Teil so überflüssig sind, wie der eines Ketten sägenherstellers aus Schweden: „Nicht versuchen, die Kette mit der Hand anzuhalten!“ Nur dort, wo Warnhinweise dringend erforderlich sind, auf Wahlzetteln, in Wahlkabinen, in Wahllokalen, auf Wahlplakaten und in Wahlwerbespots, gibt es keine.

Ein Mann parkt sein neues Auto vor dem Bundestag. Da kommt ein anderer Mann und

sagt: „Sie können hier nicht parken. Hier gehen Politikerinnen und Politiker ein und aus.“ „Ja“, sagt der Autofahrer, „das macht nichts. Ich habe eine gute Diebstahlversicherung.“

Wer gestern nicht gewählt hat, braucht sich heute nicht darüber zu ärgern, welche Steuer- und Abgabenlast er legitimiert hat.

Wenn immer mehr Menschen nicht wählen gehen. Wenn die Unzufriedenheit mit der Politik immer größer wird. Wer muss sich dann ändern? Die Wählerinnen und Wähler natürlich. Was haben Sie denn gedacht?

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Sonntag, 06.03.2011, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“. Kino-Café Konsum (Thalia Kino), Rudolf-Breit-scheid-Straße 50, Babelsberg

Montag, 07.03.2011, 14.00 Uhr: „Musik am Rosenmontag - zum Hören, Mitsingen, Schunkeln und Tanzen“. Fröhliche Faschingsfeier am Rosenmontag mit Manfred Bischoff. *Dahlweid

Dienstag, 08.03.2011, 14.30 Uhr: „Wenn wir auch zwei sind, unser Glück ist eins, mein Liebster hat mein Herz und ich hab' seins“. Aus dem Leben einer außer-gewöhnlichen Frau – Jenny von Westphalen.

Mittwoch, 09.03.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 10.03.2011, 19.00 Uhr: Lesung des Romans „Die chinesische Kar-

te“. Wolfram Adolphi liest im Literatur-laden Wist in Potsdam, Brandenburger Straße/Ecke Dortustraße.

Donnerstag, 10.03.2011: Nigeria heute - Solidarität wie? Mit Frau Charity Esther Okezie (Potsdam); Moderation: Dr. Detelef Nakath (Geschäftsführer der RLS Brandenburg, Potsdam) **RLS

Donnerstag, 10.03.2011: Runde der BO-Vorsitzenden in der Allee-straße

Freitag, 11.03.2011: Info-Stände in den Stadtteilen - 14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern, 15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz, 16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II.

Sonntag, 12.03.2011: Info-Stände in den Stadtteilen - 10:00 Uhr Weberplatz / Babelsberg, 10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost, 10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz / Am

Schlaatz, 10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld.

Montag, 14.03.2011, 14.30 Uhr: „Irland – die grüne Insel“ - Teil 3: Der Norden. Eine fotografische Rundreise um die kleine grüne Insel, die nicht nur äußerst schön, sondern auch unglaublich vielfältig ist. *Dahlweid

Freitag, 18.03.2011: 6. Brandenburger Seniorenmesse. Vom 18. bis 20. März findet die Messe „Vital&5oplus“ statt. Unter ihrem Dach vereinigt sie erneut die 6. Brandenburger Seniorenmesse 2. Brandenburger Gesundheitsmesse. Ort: Metropolis-Halle in Babelsberg

Montag, 21.03.2011, 14.30 Uhr: „Die Freundschaftsinsel vom Frühling bis in den Herbst“. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *Dahlweid

Dienstag, 22.03.2011, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe für unsere Seniorinnen und Senioren mit Dr. Herbert Schlomm. *Dahlweid

Mittwoch, 23.03.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 24.03.2011, 18.00 Uhr: DIE LINKE lernt... „Krise der Ökonomie – Krise des Politischen“. Auftaktveranstaltung für das Themengebiet der Krise. Referent: Moritz Kirchner Ort: Geschäftsstelle der LINKEN, Alleestraße 3

Sonntag, 26.03.2011, 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert“. Ein Livekonzert der besonderen Art mit dem Duo „Turlough“. *Dahlweid

Montag, 28.03.2011, 14.30 Uhr: „Eine Reise durch Afrika, Teil 3“. Eine interessante Reise durch Afrika mit Karl Kreuz. Atemberaubende Satellitenbilder und verblüffende Unterwasserfotografien zeigen die reiche und vielfältige Natur. Bewundern Sie Gebirge, wie das Äthiopische Hochland und den Atlas und besteigen Sie mit uns den höchsten Gipfel Afrikas, den Kilimanjaro. *Dahlweid

Dienstag, 29.03.2011, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie ...“. Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Mit Hilfe der modernen Technik lässt Gerald Meister ganz nach Ihren Wünschen einige der schönsten Schlager mit den Stimmen Ihrer Lieblingsinterpreten erklingen. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonalle im Zentrum-Ost.
**RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53, Potsdam